

Hauptsatzung der Stadt Nidda

Aufgrund des § 6 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 142), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93), hat die Stadtverordnetenversammlung in seiner Sitzung am 18.03.2025 folgenden 6. Nachtrag zur Hauptsatzung mit Ehrenordnung beschlossen:

§ 1 Zuständigkeitsabgrenzung und Übertragung von Aufgaben an den Magistrat

- (1) Die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der Stadt. Sie trifft die wichtigen Entscheidungen und überwacht die gesamte Verwaltung.
- (2) Der Magistrat besorgt die laufende Verwaltung. Der Haushaltsplan ermächtigt ihn, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.
- (3) Die Stadtverordnetenversammlung überträgt dem Magistrat gemäß § 50 Abs. 1 HGO und § 103 Abs. 1 HGO die Entscheidung über folgende Angelegenheiten:
 1. Aufnahme von Krediten und Kreditbedingungen,
 2. Verfahren zur vereinfachten Umlegung nach §§ 80 ff. Baugesetzbuch (BauGB)
 3. Abschnittsbildung und Zusammenfassung mehrerer Erschließungsanlagen nach § 130 Abs. 2 BauGB,
 4. Entscheidungen, ob ein bestehendes Vorkaufsrecht ausgeübt wird oder nicht,
 5. Entscheidungen über den Abschluss sowie die Rückabwicklung von Erbbaurechtsverträgen bis zu einem Gesamterbbaurechtszins von EURO 50.000 (Höhe des jährlichen Erbbauzinses x Gesamtlaufzeit des Vertrages) im Einzelfall,
 6. Veräußerung und Belastung von Erbbaurechten,
 7. Vergabe von Planungsaufträgen an Architekten und Ingenieure ab einem Auftragswert von 20.000,00 € brutto. Unterhalb dieser Wertgrenze entscheidet der Bürgermeister über Auftragsvergaben.
 8. Entscheidungen über den Abschluss von Werkverträgen und über gemeindliche Baumaßnahmen ab einem Auftragswert von 20.000,00 € brutto. Unterhalb dieser Wertgrenze entscheidet der Bürgermeister über Auftragsvergaben.
 9. Entscheidungen über den Abschluss von sonstigen schuldrechtlichen Verträgen,
 10. Entscheidungen über Stundung, Niederschlagung, Zahlungsaufschub, Ratenzahlung und Erlass von Ansprüchen.
 11. Entscheidungen über die Veräußerung von Vermögensgegenständen im Einzelfall ab 20.000,00 € brutto. Unterhalb dieser Grenze gelten Veräußerungen als Geschäftstätigkeiten der laufenden Verwaltung.
- (4) Das Recht der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 50 Abs. 1 HGO, die Entscheidung über weitere Angelegenheiten durch Satzung oder Beschluss auf den Magistrat zu übertragen, bleibt von den Bestimmungen in Abs. 3 unberührt.

§ 2 Haushaltswirtschaft

Auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Nidda finden gemäß § 92 Abs. 3 HGO die Grundsätze der doppelten Buchführung (kommunale Doppik) Anwendung.

§ 3 Stadtverordnetenversammlung

- (1) Die Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung wird auf 37 festgelegt.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung wählt in der ersten Sitzung nach der Wahl aus ihrer Mitte eine oder einen Vorsitzenden und ihre oder seine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Die Zahl der Stellvertreterinnen und/oder Stellvertreter wird auf 6 festgelegt.
- (3) Die/Der Vorsitzende vertritt die Stadtverordnetenversammlung in ihren Angelegenheiten nach außen. Sie/Er vertritt sie in den von ihr betriebenen oder gegen sie gerichteten Verfahren, wenn die Stadtverordnetenversammlung nicht aus ihrer Mitte eine/n oder mehrere Beauftragte/n bestellt.

§ 4 Magistrat

- (1) Der Magistrat arbeitet kollegial. Er besteht aus der hauptamtlichen Bürgermeisterin/dem hauptamtlichen Bürgermeister sowie den Stadträtinnen und Stadträten.
- (2) Die Zahl der Stadträtinnen/Stadträte beträgt 6. Die Stelle der Ersten Stadträtin/des Ersten Stadtrates wird ehrenamtlich verwaltet.

§ 5 Ortsbeirat

- (1) Für die Stadtteile Bad Salzhausen, Borsdorf, Eichelsdorf, Fauerbach, Geiß-Nidda, Harb, Kohden, Michelnau, Nidda, Ober-Lais, Ober-Schmitten, Ober-Widdersheim, Schwickartshausen, Stornfels, Ulfa, Unter-Schmitten, Unter-Widdersheim und Wallernhausen werden Ortsbezirke nach Maßgabe der §§ 81 und 82 HGO und des Kommunalwahlgesetzes in der jeweils gültigen Fassung errichtet.
- (2) Die Ortsbezirke werden durch die seitherigen Gemarkungsgrenzen der einzelnen Stadtteile abgegrenzt mit folgenden Ausnahmen:
 - a) Die Grundstücke der Flur 1 und 2 der Gemarkung Rabertshausen II gehören verwaltungsmäßig zum Stadtteil Unter-Schmitten.
 - b) Die Grundstücke Flur 5 Nr. 1 – 32 der Gemarkung Geiß-Nidda gehören verwaltungsmäßig zum Stadtteil Bad Salzhausen.
 - c) Die Grundstücke Flur 4 Nr. 81 – 108 der Gemarkung Unter-Schmitten gehören verwaltungsmäßig zum Stadtteil Ober-Schmitten.
 - d) Die Grundstücke Flur 5 Nr. 54/2 - 58/1 der Gemarkung Kohden gehören verwaltungsmäßig zum Stadtteil Harb.
 - e) Die Grundstücke Flur 2 Nr. 102/4, 102/10, 107/1, 108/5, 108/6, 109, 144/1, 144/2, 145, 146, 147 und 148 der Gemarkung Borsdorf gehören verwaltungsmäßig zum Stadtteil Harb.
 - f) Das Grundstück Flur 3 Nr. 20 der Gemarkung Nidda gehört verwaltungsmäßig zum Stadtteil Bad Salzhausen.
- (3) Der zu wählende Ortsbeirat besteht im Stadtteil Nidda aus 9 Mitgliedern, in den Stadtteilen Kohden, Michelnau, Ober-Schmitten und Schwickartshausen jeweils aus 5 Mitgliedern und in den übrigen Stadtteilen jeweils aus 7 Mitgliedern.

§ 6 Ausländerbeirat

- (1) Es wird ein Ausländerbeirat, bestehend aus 7 Mitgliedern, gebildet.
- (2) Bei der Wahl zum Ausländerbeirat wird die Briefwahl zugelassen.
- (3) Der Ausländerbeirat wählt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter.

§ 7 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen, Verordnungen, öffentliche Bekanntmachungen nach dem Kommunalwahlgesetz und den aufgrund des Kommunalwahlgesetzes ergangenen Rechtsverordnungen sowie andere Gegenstände, deren öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, werden durch Bereitstellung auf der Internetseite im Sinne von § 5a BekanntmachungsVO der Stadt Nidda unter www.nidda.de unter Angabe des Bereitstellungstages öffentlich bekannt gemacht. Zudem hat die Stadt im Kreis-Anzeiger für Wetterau und Vogelsberg im Sinne von § 1 Abs. 1 BekanntmachungsVO auf die Bekanntmachung im Internet und die einschlägige Internetadresse nachrichtlich hinzuweisen. In der Hinweisbekanntmachung ist, sofern es sich um die Bekanntmachung einer Satzung oder Verordnung der Stadt handelt, auf das Recht aufmerksam zu machen, diese während der

öffentlichen Sprechzeiten der Verwaltung in Papierform einzusehen und sich gegen Kostenerstattung entsprechende Ausdrucke fertigen zu lassen. Sofern es sich um Bekanntmachungen nach dem Kommunalwahlgesetz und den aufgrund des Kommunalwahlgesetzes ergangenen Rechtsverordnungen handelt, ist die Stelle bzw. sind die Stellen in der Stadtverwaltung zu benennen, an der oder denen die öffentliche Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden aushängt.

Die Möglichkeit der öffentlichen Bekanntmachung auf der Internetseite gilt nicht im Bauleitplanverfahren. Hier erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung mit Abdruck im Kreis-Anzeiger für Wetterau und Vogelsberg.

Satzungen sind mit ihrem vollen Wortlaut bekannt zu machen. Gesetzlich vorgeschriebene Genehmigungen sind zugleich mit der Satzung öffentlich bekannt zu machen.

Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des Erscheinungstages vollendet, an dem die Zeitung den bekannt zu machenden Text enthält; bei Bekanntmachung im Internet mit dem Ablauf des Bereitstellungstages.

- (2) Abweichend von der in Abs. 1 getroffenen Regelung erfolgt die öffentliche Bekanntmachung der Ladung zu den Sitzungen der Ortsbeiräte gemäß § 82 Abs. 6 HGO in den nachstehend aufgeführten Bekanntmachungskästen:

Stadtteil Bad Salzhausen
Kurstraße 7
Stadtteil Borsdorf
Am Dorfplatz
Stadtteil Eichelsdorf
Eichelstraße Höhe Niddabrücke
Stadtteil Fauerbach
Bürgerstraße 15
Stadtteil Geiß-Nidda
Zum Sportfeld 1
Stadtteil Harb
Breslauer Straße 9
Stadtteil Kohden
Hoherodskopfstraße 18
Stadtteil Michelnau
Lindenstraße 17
Stadtteil Nidda
Wilhelm-Eckhardt-Platz
Stadtteil Ober-Lais
Michelnauer Straße 14
Stadtteil Ober-Schmitten
Rhönstr. 3
Stadtteil Ober-Widdersheim
Wydratstraße 33
Stadtteil Schwickartshausen
Laisbachstraße 10a
Stadtteil Stornfels
Römerstraße, Bushaltestelle
Stadtteil Ulfa
Steinstraße 10
Stadtteil Unter-Schmitten
Brückenstraße 21
Stadtteil Unter-Widdersheim
Oberdorfstraße 16
Stadtteil Wallernhausen
Dorfmittelpunkt am Rambach

Diese Bekanntmachungen dürfen frühestens am Tage nach der Sitzung abgenommen werden. Die öffentliche Bekanntmachung ist abweichend von der Bestimmung in Abs. 1 mit dem Ablauf des ersten Tages des Aushanges in den Bekanntmachungskästen vollendet. Der Tag des Aushanges und der Tag der Abnahme zählen bei dieser Frist nicht mit.

- (3) Satzungen, Verordnungen und sonstige öffentliche Bekanntmachungen treten am Tage nach Vollendung der Bekanntmachung in Kraft, sofern sie selbst keinen anderen Zeitpunkt bestimmen.

- (4) Sind Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte und Erläuterungen bekannt zu machen, so werden sie abweichend von Abs. 1 für die Dauer von 7 Arbeitstagen, wenn gesetzlich nicht ein anderer Zeitraum vorgeschrieben ist, während der Dienststunden der Stadtverwaltung in Nidda, Wilhelm-Eckhardt-Platz, zur Einsicht für jede Person ausgelegt. Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Tageszeit und Dauer der Auslegung werden spätestens am Tage vor deren Beginn nach Abs. 1 öffentlich bekannt gemacht. Gleiches gilt, wenn eine Rechtsvorschrift öffentliche Auslegung vorschreibt und keine besonderen Bestimmungen enthält. Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Tages vollendet, an dem der Auslegungszeitraum endet.
- (5) Die öffentliche Auslegung der Entwürfe der Bauleitpläne (Bebauungspläne oder Flächennutzungspläne) nach § 3 Abs. 2 BauGB ist unter Angaben von Ort (Gebäude und Raum) und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, mindestens eine Woche vorher öffentlich bekannt zu machen. Diese Bekanntmachung muss darüber hinaus den Gegenstand (genaue Bezeichnung des Entwurfs) sowie die Tageszeit der Auslegung benennen. Die Dauer der Auslegung bestimmt sich nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB. Daneben sind nach Maßgabe des § 4 a Abs. 4 BauGB der Inhalt dieser Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen zusätzlich in das Internet einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.
- (6) Soll ein Bauleitplan (Bebauungsplan oder Flächennutzungsplan) in Kraft gesetzt werden, macht die Stadt nach Abs. 1 bekannt, dass der Bauleitplan beschlossen bzw. die Genehmigung erteilt wurde. Der Bauleitplan kann während der Dienststunden der Stadtverwaltung im Rathaus, Wilhelm-Eckhardt-Platz, eingesehen werden, worauf in der öffentlichen Bekanntmachung unter Angabe der Dienststunden (Tageszeit) hinzuweisen ist. In der Bekanntmachung ist auch darauf hinzuweisen, dass die Dauer der Auslegung zeitlich nicht begrenzt ist. Die Stadt hält Bauleitplan, Begründung und die zusammenfassende Erklärung nach § 6 Abs. 5 bzw. § 10 Abs. 4 BauGB mit Wirksamwerden der Bekanntmachung zur Einsicht für jede Person bereit und gibt über ihren Inhalt auf Verlangen Auskunft. Mit der Bekanntmachung tritt der Bauleitplan in Kraft. Wirksame Bauleitpläne sollen mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung ergänzend auch in das Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden.

Gleiches gilt für die Ersatzverkündung von Satzungen, deren Rechtsgrundlage auf § 10 Abs. 3 BauGB verweist.
- (7) Kann die Bekanntmachungsform nach Abs. 1 und 2 wegen eines Naturereignisses oder anderer unabwendbarer Zufälle nicht angewandt werden, so genügt jede andere Art der Bekanntgabe, insbesondere durch Anschlag oder öffentlichen Ausruf. In diesen Fällen wird die Bekanntmachung, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist, in der Form der Abs. 1 und 2 unverzüglich nachgeholt.

§ 8 Ehrenordnung

Die Verleihung von Ehrenbürgerrechten und Ehrenbezeichnungen sowie andere Ehrerweisungen werden in einer Ehrenordnung geregelt. Die Ehrenordnung der Stadt Nidda wird zur Anlage der Hauptsatzung.

§ 9 In-Kraft-Treten

Dieser 6. Nachtrag zur Hauptsatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft und löst die bisherige Hauptsatzung in der Fassung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 31.10.2023 ab.

Ausfertigungsvermerk:

Wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem/n hierzu ergangenen Beschluss/Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Nidda, den 26.03.2025

gez.
Thorsten Eberhard
Bürgermeister